

Kohleförderung in Steinweiler?!

Wie sinnig, daß zur Aufsuchung des Bodenschatzes „Erdwärme“ auch für das geplante Geothermiekraftwerk in Steinweiler eine bergrechtliche Erlaubnis notwendig ist; sie wird erteilt vom Landesamt für Geologie und Bergbau in Mainz.

Dabei wird Kohle hier in Steinweiler nur im übertragenen Sinne gefördert. Denn mit einem Geothermiekraftwerk läßt sich richtig „Kohle“ machen.

Wie wir hörten, soll das Kraftwerk Strom erzeugen, und zwar rund 33.000 Megawatt, das sind 33 Mill. Kilowattstunden. Dank der großzügigen Subvention des Gesetzgebers im EEG –dem „Erneuerbaren-Energien-Gesetz“ – kann der Betreiber je kwh einen Erlös von 20 Cent und möglicherweise noch einen Bonus von 4 Cent einstreichen. Bei der geplanten Leistung bedeutet dies, daß Einnahmen von jährlich 6,5 bis zu 8 Mio. Euro gesichert sind.

Die Investitionskosten werden sich dem Vernehmen nach auf ca. 15 Mio. Euro belaufen, einschließlich der Aufwendungen in der Vorproduktionsphase, die insbesondere die Probebohrungen umfaßt.

Die laufenden Betriebskosten des Kraftwerks werden eher als gering angesehen werden, so daß mit jährlichen Überschüssen von 6 bis 7,5 Mio. Euro gerechnet werden kann.

Der Abnahmepreis wird dem Betreiber über das EEG für 20 Jahre garantiert, ebenso wie die vollständige Aufnahme des produzierten Stroms in das Netz.

Wird der gesamte technische Prozeß vom Betreiber beherrscht, so kann man die Zulassung dieses Kraftwerks gerne als Lizenz zum Gelddrucken bezeichnen.

Über die Laufzeit von 20 Jahren werden also voraussichtlich Gewinne von weit mehr als 100 Mio. Euro in Steinweiler erwirtschaftet.

Das sind doch rosige Aussichten für einen Unternehmer. Es kommt dazu, daß die Bundesrepublik Deutschland anbietet, den Großteil der Investitionen auch noch mit Krediten über die KfW zu finanzieren. Und ganz toll dabei ist, daß diese Kredite nicht zurückgezahlt werden müssen, wenn die Probebohrungen sich als nicht ergiebig erweisen. Da macht Unternehmersein doch richtig Spaß.

Um es deutlich zu sagen, es geht nicht nur um Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und die Förderung erneuerbarer Energien, wie uns die Betreiber und die Politik immer klarmachen wollen. Es geht insbesondere auch um viel Kohle, von der wir in Steinweiler allerdings nicht sehr viel sehen werden.

Wir werden nur einige Opfer zu bringen haben. Doch dazu später.

Informationsaustausch mit der Bürgerinitiative Geothermie Steinweiler (BIGS) e.V.

Am Aschermittwoch bietet die neugegründete Bürgerinitiative Gelegenheit zu Gesprächen über das geplante Geothermieprojekt; herzlich willkommen sind alle Interessierten um 19.30 Uhr im Schützenhaus in Steinweiler.

Wertediskussion unerlässlich

Wenn man den Artikel auf Seite 1 so richtig verarbeitet hat, keimen doch einige Fragen auf. War es denn unbedingt nötig, einen derart hohen Garantiepreis für Strom aus geothermischen Anlagen zu beschließen; welche Lobbyisten haben denn hier erfolgreich gearbeitet und welche Regierung hat dem nachgegeben.

Nun ist es heute eher in der Mode, Wertediskussionen über Manager und Banker zu führen. Wir sollten jedoch die Politiker und ihre Zuträger hierbei nicht vergessen.

Erstmals ist die Subventionierung des Stroms aus Geothermieanlagen zur Zeit der Rot-Grünen-Koalition in das Gesetz aufgenommen worden. Damals hieß der Wirtschaftsminister Werner Müller; er genoß das Vertrauen des Bundeskanzlers, wir erinnern uns, er hieß Gerhard Schröder. Gerhard Schröder ist dann

nach seiner Wahlniederlage sehr bald in den Dunstkreis der Energiewirtschaft gewechselt. Sein ihm vertrauter Wirtschaftsminister Werner Müller hatte diesen Schritt schon einige Jahre vorher „gewagt“. Als bald nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett übernahm er den Vorstandsvorsitz der Ruhrkohle AG, die sich dann später „EVONIK“ nannte. Dämmert´s?

Es gibt sicher noch andere Beispiele der Interessenverflechtung in der Politik, und sicher auch genügend bei den anderen Parteien; hier ist nur ein Fall geschildert, weil sich so schön der Bezug zu Steinweiler darstellen läßt.

Wie lautete noch das Kunstwort unseres Ministerpräsidenten am Abend der Mainzer TV-Fastnachtssitzung? „Unüberbietbar“, ja das meint der „Gänsefuß“ auch, allerdings in Bezug auf die Dreistigkeit und Unanständigkeit in der Subventionspolitik. Das ist nicht nur Klientelpolitik, das grenzt an verkommene Selbstbedienung.

Fastnacht demaskiert

Wie übel kann´s einem eigentlich noch werden, wenn man die aufgesetzte Fröhlichkeit einiger (rheinland-pfälzischer) Spitzenpolitiker in der Fernsehübertragung der Meenzer Fassenacht sieht.

Wir haben in Steinweiler noch keinen dieser Lachfratzen sehen können; das

Interesse an den Sorgen der Bürger wegen des geplanten Kraftwerks reizt eben doch nicht zur Fröhlichkeit; sie könnten auch nur verlieren, da bleibt man lieber geschminkt in Meenz.

Blick für Realität gefragt?

Es ist durchaus möglich, daß es keine Chance gibt, trotz massiver Bürgerproteste die Ansiedlung des Geothermiekraftwerks zu verhindern. Es ist wahrscheinlich, daß auch der Gemeinderat hier keine Einflußmöglichkeit hat.

Wo haben wir denn noch Chancen, die negativen Auswirkungen einer solchen Ansiedlung und des Betriebs des Kraftwerks zu beeinflussen oder sogar zu minimieren.

Letztlich geht dies nur über die Landespolitik. Und weil dies auch die Politiker wissen, sind sie bisher noch nicht offen für die Bürger in Steinweiler zugekommen. Wir sollten allerdings darauf vorbereitet sein, mit guten Argumenten die Landespolitiker zu Interventionen zu bewegen. Deshalb ist unter den Bürgern eine durchaus emotionale, aber dennoch sachgerechte Diskussion des Themas unerlässlich.

Nur aus der sich ergebenden Meinungsvielfalt lassen sich die wichtigen Dinge herausfiltern, die dann auch aufbereitet zu einer Verbesserung der Situation beitragen können.

Trauen Sie sich, reden Sie miteinander, fordern Sie Ihre Gemeinderäte, Ihren

Verbandsbürgermeister, Ihren Landrat und Ihre gewählten Mitglieder des Landtags.

Und hier gibt der „Gänsefuß“ einige Anregungen zu Themen, die mit Sicherheit noch der vertieften Diskussion bedürfen.

Da wären zum Beispiel:

1. Lärmemissionen

In bisherigen Gesprächen mit Vertretern der Bürgerinitiative Schaidt wurde häufig angeführt, daß mit einem hohen permanent einwirkenden Lärmpegel zu rechnen ist.

Die Einwirkung dieser Emissionen, sollte sich die Befürchtung bestätigen, muß durch geeignete Schutzmaßnahmen minimiert werden. Hier sind Schallschutzexperten gefragt, die notwendigen Maßnahmen zu definieren.

2. Haftungsfragen bei seismischen Ereignissen und hieraus resultierenden Schäden

Die jüngste Berichterstattung der „Rheinpfalz“ zur Entschädigung von Anspruchstellern in Landau war in der Konsequenz nicht sehr ermutigend. Genau das, was dort passiert ist, müssen wir auch befürchten.

Zwar wird im Rahmen des Antragsverfahrens zur bergrechtlichen Genehmigung seitens des Bergamtes Sicherheit gestellt – wie im Bundesberggesetz vorgesehen – von dem Betreiber eingefordert werden. Der Betreiber kann die Sicherheit in Form einer entsprech-

enden Versicherung nachweisen; hier müssen die Deckungssummen auch diskutiert werden.

Und dann ist da noch das üble Verfahren der Schadensregulierung, wie wir es gerade in Landau zu sehen bekommen.

Schäden aufgrund seismischer Ereignisse sind seitens des Betreibers nicht anerkannt. Es wurden einige Schäden „im Sinne guter Nachbarschaft“ aus Kulanzgründen reguliert. Dabei sei man an offizielle Tabellen (was ist das denn?) gebunden, befand der Geschäftsführer des Betreiberunternehmens.

Eine Stellungnahme der Versicherung konnte die „Rheinpfalz“ nicht erhalten. So etwas können wir in Steinweiler nicht durchbrauchen. Das ist absolut unzumutbar.

Hier gehören klare staatliche Garantien auf den Tisch. Keiner, der potentiell geschädigt ist, darf auf einen Instanzenweg verwiesen werden. Das Herumschlagen mit Moloch der Industrie und der Versicherungswirtschaft ist für den Bürger entwürdigend, denn er muß ggfs. um seine wirtschaftliche Existenz kämpfen.

Höchste staatliche Subventionierung einerseits und immense Sonderopfer für betroffene Bürger andererseits, das ist nicht vereinbar, das ist nicht gerecht, das ist grundgesetzwidrig. Hierzu erwartet der „Gänsefuß“ eine eindeutige Stellungnahme der Landesregierung, die im bergrechtlichen Verfahren die Federführung innehat. Bis jetzt hat sie

- die Landesregierung – ihren Kokon noch nicht verlassen. Herr Beck, wo sind Sie, kommen Sie aus Ihrer VIP-Lounge vom Betzenberg heraus, sagen Sie uns, wie Sie unser Eigentum schützen wollen. Wir wollen keine Spiele, wenn unser täglich Brot nicht sicher ist.

In eigener Sache

Der „Gänsefuß“ bietet jedem Steinweiler Bürger die Möglichkeit, einen eigenen redaktionellen Beitrag unter seinem Namen zu veröffentlichen. Bitte, wenden Sie sich bei Interesse an den Verlag.

Es ist vorgesehen, die Auflage des „Gänsefuß“ auf 500 zu erhöhen; Sie können sich vorstellen, daß hiermit erhebliche Kosten für den Verlag entfallen. Deshalb bietet der Verlag auch den Bezug per e-mail an. Bitte, geben Sie uns bei Bezugsinteresse Ihre e-mail-Adresse an, so sind Sie sofort nach Erscheinen informiert. e-mail Kontakte erbeten unter HansH.Fischer@t-online.de.

Wir hatten angekündigt einen Bericht über die Rolle der CDU in Steinweiler; der Bericht ist in Vorbereitung; die örtliche Parteiführung ist um ein Interview gebeten, allein, wir haben noch keine Antwort erhalten. Seien Sie versichert, das Thema wird in Kürze behandelt.

Übrigens, Verbandsbürgermeister Poss hatte verhalten Interesse an einem Gespräch mit dem „Gänsefuß“ signalisiert. Das Angebot, einen Terminvorschlag zu unterbreiten, hat H. Poss noch nicht

beantwortet; statt dessen möchte er den „Gänsefuß“ beziehen, wenn er denn schon mit Unterstellungen konfrontiert und Angriffen ausgesetzt sei. Er kriegt den „Gänsefuß“ per e-mail.

„Der Gänsefuß“
- meinungsbildende Zeitung für Steinweiler -

Ausgabe 4/2010